



Donnerstag, 18. Juni 2026, 17:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Transitland am Limit

Der libyschen Bevölkerung wird die illegale Migration zu viel — auch wenn die meisten das Land eher als Sprungbrett nach Europa nützen wollen.

von Angelika Gutsche

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Melnikov Dmitriy, Alexandros Michailidis, Mahir Alawami)

2,5 Millionen illegale Migranten in Libyen werden zur politischen Zeitbombe. Die Ansiedlung illegal eingereister Migranten stößt landesweit auf enormen

Widerstand und wird zum beherrschenden Thema. Bürgerproteste richten sich gegen die bestehenden libyschen Institutionen, insbesondere aber auch gegen das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) in Tripolis. Demonstranten fordern dessen Schließung und versperren den Zugang. Sie berufen sich auf libysche Gesetze und fordern deren Einhaltung. Weitere Forderungen betreffen den Abzug aller ausländischen Militärkräfte von libyschem Boden und die Abhaltung von Wahlen. Derweil geht das Sterben von Bootsflüchtlingen, die über das Mittelmeer Europa erreichen wollen, weiter.

Der Parlamentarier Dschabuallah asch-Schibani

<https://x.com/Libyapress2020/status/2061421152279343532>

zitierte Oberst Muammar al-Gaddafi, der die Europäer mit folgenden Worten warnte:

„Diese (Migranten) wandern dem Reichtum hinterher, den ihr aus ihren Ländern während der Kolonialzeit geplündert habt. Wenn ihr die Migration stoppen wollt, müsst ihr Entwicklungsprojekte in ihren Ländern umsetzen, um Arbeitsplätze zu schaffen, von denen sie leben können.“

Immer mehr Gemeinden, Parteien und soziale Bewegungen schließen sich den Protesten gegen die Ansiedlung von Migranten beziehungsweise deren Einbürgerung in Libyen an. Die bisher größte Protestaktion fand am 4. Juni 2026 vor dem UNHCR-Hauptquartier in Tripolis statt. Dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) wird vorgeworfen, weit über seine Befugnisse hinaus zu agieren und damit begonnen zu haben, Papiere

für Migranten und Wanderarbeiter auszustellen. Der Hauptzugang zum UNHCR wurde mittels eines Erdwalls blockiert und die Schließung des UNHCR-Büros in Libyen gefordert. Demonstranten aus Sirte wiesen darauf hin, dass es keine Einwände gegen ausländische Arbeitskräfte gebe, solange die erforderlichen rechtlichen und behördlichen Verfahren sowie die libyschen Gesetze zur Bewilligung ihres Aufenthalts eingehalten werden.

Demonstranten in Bani Walid und Ghadames schlossen sich den Forderungen der Protestierenden in Tripolis an.

Für die sich verschärfende Situation wurden die bestehenden Institutionen verantwortlich gemacht, insbesondere die Dabaiba-„Regierung“, der Präsidialrat, das Parlament und der Staatsrat. Zunehmend wird die Frage der Ansiedlung von Migranten mit der Anwesenheit ausländischer Truppen, Militärbasen, Söldnern und nicht-libyschen bewaffneten Formationen verknüpft, die als Einschränkung der nationalen Souveränität und als Hindernis für den Aufbau eines stabilen Staates betrachtet werden. Diese Instanzen trügen die Verantwortung für den Schutz der nationalen Souveränität, und jedes Versäumnis oder jede Verpflichtung oder Zusage, die im Namen Libyens ohne klare Volksmandate eingegangen wird, werde abgelehnt.

Es wird befürchtet, dass die Ansiedlung von Migranten eine direkte Bedrohung für die libysche Identität, den sozialen Zusammenhalt und die Bevölkerungsstruktur darstellt.

Die Libysche Organisation für Menschenrechte sieht in der illegalen Migration eine der gefährlichsten Herausforderungen, denen Libyen gegenübersteht. Die Zunahme von Verbrechen und Gesetzesübertretungen durch Migranten löse bei den Bürgern berechnete Ängste aus.

„Schwache Grenzkontrollen und die Aktivitäten von Schmuggel- und Menschenhandelsnetzwerken, schwache Kontrollen des Arbeitsmarkts, die Verbreitung illegaler Beschäftigungs- und Rekrutierungsagenturen sowie die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte außerhalb rechtlicher Rahmenbedingungen sind Faktoren, die zum Anwachsen der Probleme beigetragen haben und Sicherheit und Stabilität bedrohen.“

Laut der Anwältin Thuria at-Tuwailibi übten sowohl UN-Organisationen als auch andere internationale Organisationen in der Migrationsfrage beträchtlichen Druck aus. Wer sich ihren Plänen widersetzte, sei auf einer schwarzen Liste gelandet. So sei Libyen zur Pufferzone zwischen den Migranten und Europa geworden.

Inzwischen sprachen sich auch das Parlament im Osten des Landes und der Staatsrat in Tripolis gegen die Ansiedlung von Migranten innerhalb Libyens aus. Allein der Mufti von Tripolis und Muslimbruder as-Sadiq al-Gharyani erklärte, dass Libyen Migranten für den Arbeitsmarkt benötige und er keine Aufrufe zu Demonstrationen unterstütze.

Die UN-Mission in Libyen wies alle Vorwürfe, die Vereinten Nationen wollten Pläne zur Ansiedlung von Migranten umsetzen, als falsch zurück. Hilfsorganisationen befürchten Verfolgung und Feindseligkeit gegenüber schutzbedürftigen Menschen, unter den Migranten breitet sich Angst aus.

Nach Angaben des Innenministeriums der Dabaiba-„Regierung“ beherbergt Libyen rund 2,5 Millionen Ausländer, wobei die Behörden schätzen, dass davon rund achtzig Prozent illegal in das Land eingereist sind. Eine beachtliche Zahl bei einer Gesamtbevölkerung von mittlerweile 7,5 Millionen. Dazu kommen die vielen über die südliche Grenze ins Land gekommenen Kriegsflüchtlinge aus dem Sudan, die ebenfalls den Weg nach

Norden in die libyschen Küstenstädte finden. Libyen ist dabei nur teilweise Zielland, in vielen Fällen jedoch vor allem Transitland. Ein erheblicher Teil der Migranten stammt aus Staaten südlich der Sahara sowie aus dem vom Krieg gezeichneten Sudan und verfolgt primär das Ziel, über Libyen hinweg nach Europa zu gelangen. Gleichzeitig führt die Instabilität des Landes, die Präsenz bewaffneter Gruppen und ein weitgehend unkontrollierter Arbeitsmarkt dazu, dass ein Teil der Migranten längerfristig im Land verbleibt als ursprünglich beabsichtigt.

Es bleibt anzumerken, dass die libysche Bevölkerung bei Beginn des NATO-Krieges 2011 etwa sechs Millionen Menschen umfasste, es heute laut **Statista** (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/327060/umfrage/gesamtbevoelkerung-von-libyen/>) etwa 7,5 Millionen sind und die Bevölkerung bis 2050 auf rund neun Millionen hochgerechnet wird – dabei dürften die Migranten bereits berücksichtigt sein. Statista selbst gibt an, dass bei der Zuwachsrate das natürliche Bevölkerungswachstum mit dem Migrationssaldo, also dem Saldo aus Immigration (Einwanderung) und Emigration (Auswanderung), verrechnet wird.

2011 flüchteten Anhänger von Oberst Gaddafi und der Dschamahiriya-Regierung ins Ausland, wo viele noch heute leben; gleichzeitig setzte eine Hetzjagd auf schwarzhäutige Menschen ein. Dies dürfte die Bevölkerungszahl zunächst verringert haben. Im Jahr 2010 betrug die Geburtenrate pro Frau im gebärfähigen Alter 2,4 und dürfte somit ebenfalls kaum für den Zuwachs des natürlichen Bevölkerungswachstums verantwortlich sein, insbesondere nachdem Libyen ab 2011 Kriegen und Umbrüchen ausgesetzt war, die zu chaotischen Verhältnissen führten.

Es ist eine Ausbreitung der Proteste, die sich auch gegen andere Institutionen wie die UN-Mission richten könnten, zu erwarten, da sich diese den legitimen

Forderungen des Volkes nach Beendigung aller Übergangsphasen, gekennzeichnet durch Clan-, Milizen- und Militärherrschaft sowie überbordende Korruption, in den Weg stellen.

Die Forderung der Bevölkerung nach fairen und inklusiven Wahlen wird nicht mehr lange zu ignorieren sein.

Die **Ermordung** (<https://unsmil.unmissions.org/en/press-releases/unsmil-expresses-its-deep-concern-over-killing-mr-saif-al-islam-gaddafi?>) des geachteten und präferierten Präsidentschaftskandidaten Saif al-Islam Gaddafi am 3. Februar 2026 in Zintan verschärfte zusätzlich die Spannungen zwischen der Bevölkerung und den herrschenden Machthabern.

Die libysche Bevölkerung dürfte auch eine aktuelle Nachricht aus der EU in Sorge versetzen, nach der abgelehnte Asylbewerber, die ihr Heimatland nicht zurücknimmt, in Drittstaaten gebracht werden können, in denen Abschiebezentren errichtet werden sollen.

Derweil geht das Sterben im Mittelmeer weiter, und die Gewalt eskaliert – gefährliche Abfangmanöver, Angriffe und Schüsse gegen Flüchtlingsboote, Schiffbrüchige und Rettungsschiffe – durch westlibysche Behörden, die von europäischen Staaten finanziert und gefördert werden.

Die ersten drei Monate des Jahres 2026 waren seit Beginn der Aufzeichnungen der tödlichste Jahresbeginn für Migranten, die über das Mittelmeer versuchten, Europa zu erreichen: 684 dokumentierte Todesfälle, wobei die Dunkelziffer weitaus höher liegen dürfte.

Insbesondere werden auch von der griechischen Insel Kreta Ankünfte von Migrantenbooten aus Ostlibyen gemeldet. Erst letzte Woche erreichten mehr als 600 Menschen innerhalb eines Tages

Griechenland.

Mehr als zwei Millionen verzweifelte Migranten warten derzeit in Libyen noch auf ihre Chance, Europa zu erreichen. Fünfzehn Jahre nach der NATO-Intervention 2011 versinkt Libyen weiterhin im Chaos. Eine klaffende Wunde auf dem afrikanischen Kontinent.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Libyen und die Migration** (<https://gela-news.de/libyen-und-die-migration>)“ bei **Gela News** (<https://gela-news.de>).



Angelika Gutsche, Jahrgang 1955, ist diplomierte Psychologin. Nach langjähriger Tätigkeit am Goethe-Institut im Bereich Film arbeitet sie heute freiberuflich. Neben dem Verfassen von Reiseberichten schreibt sie auf ihrem Blog schwerpunktmäßig über die Entwicklungen in Libyen, aber auch über andere aktuelle, politische sowie literarische Themen. Weitere Informationen unter [gela-news.de](https://www.gela-news.de) (<https://www.gela-news.de>) und [angelika-gutsche.de](https://www.angelika-gutsche.de) (<https://www.angelika-gutsche.de>).